



Höhere Mindestlöhne in vielen EU-Staaten

Knut Korschewsky: Thüringer CDU-SPD-Koalition soll mit den „Spielchen“ aufhören

Die LINKE hatte die Landesregierung in der letzten Plenarsitzung zur einer Bundesratsinitiative für einen einheitlichen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn aufgefordert. In seiner Rede betonte der Abgeordnete und Landesvorsitzende Knut Korschewsky:

Auch in weiteren großen europäischen und außereuropäischen Ländern gibt es mittlerweile einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Das ist eben nicht nur in Europa so. Und in Deutschland ist damit ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn nun endlich an der Zeit, elementarer Kernpunkt für soziale Gerechtigkeit und längst überfällig.

Im Mindestlohnbericht 2012 des Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung wird die Aussage getroffen, dass die Mehrheit der EU-Staaten ihre Mindestlöhne erhöht hat. Während Großbritannien, Bulgarien und Luxemburg bereits Ende 2011 den gesetzlichen Mindestlohn erhöht haben, haben im Januar 2012 weitere neun EU-Staaten das gesetzliche Mindesteinkommen in ihren Ländern angehoben. In Frankreich beträgt der Mindestlohn 9,22 Euro, in den Niederlanden 8,88 Euro und in Luxemburg 10,41 Euro.

Da diese Länder das können, müsste es doch nun eigentlich auch dem letzten in der CDU begreiflich werden, dass damit keine Arbeitsplätze vernichtet werden, sondern Kernpunkt ist,

Arbeit zu schaffen und Menschen gute Arbeit auch zu ermöglichen.

Ich denke, wir sind uns fast alle einig, dass es in naher Zukunft in Deutschland ein Mindestlohngesetz geben wird. Woher nehme ich nun meinen Optimismus, dass es dieses einheitliche Mindestlohngesetz geben wird? Ich möchte es einfach nur anhand einiger Zitate verdeutlichen. (...)

Minister Machnig am 12. Januar 2012: „Wir legen dabei Wert auf die Feststellung, dass die Tarifautonomie in Deutschland dadurch nicht beschnitten wird, sondern allenfalls nach unten begrenzt wird. Lohnfindung bleibt aber auch künftig alleinige Aufgabe der Tarifparteien. Thüringen sollte hier auch auf der Bundesebene stärker die Initiative ergreifen und eindeutig Position beziehen. Gerade eine Große Koalition kann und muss die Chance nutzen, den Stillstand beim Thema Mindestlohn durch eigene aktive Initiative zu durchbrechen.“

Sie haben die Chance dazu, wenn Sie unserem Antrag heute zustimmen, dann ist die Möglichkeit da, dass die Koalition hier durchaus die Initiative im Bundesrat ergreift.

Nichts anderes, als Minister Machnig anlässlich der Vorstellung des Gesetzentwurfs zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns auf Bundesebene ausgeführt hat, fordern wir in unserem Antrag. Es muss aus unserer Sicht endlich Schluss gemacht werden mit populistischen Schauveranstaltungen, in denen bei den knapp 6,55 Mio.

Menschen in Deutschland, deren Löhne kaum zum Leben reichen, Hoffnungen auf bessere, existenzsichernde Entlohnung geweckt werden und wenige Tage später wieder zurückgerudert wird, weil man es sich nicht mit dem Koalitionspartner verderben will.

Das sind Spielchen, die eindeutig zu Lasten der rund 20 Prozent der Beschäftigten gehen, die für Löhne arbeiten, die nicht existenzsichernd sind. Ein letztes Zitat des Wirtschaftsministers Machnig (v. Dezember 2011): „Der Gesetzentwurf für einen Mindestlohn in meinem Haus ist fertig. Der soll gesetzlich verankert sein und generell 8,33 Euro pro Stunde betragen. Dabei ist mir besonders wichtig, dass es keine Unterschiede mehr zwischen Ost und West gibt. Anfang Januar werde ich das auf den Weg bringen.“

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Er hat keine Jahreszahl gesagt.)

An dieser Stelle sage ich, warum sollen wir bis zum Mai warten, hier dieses weiter hinauszuschieben? Aus dem heute Gesagten gehe ich davon aus, dass wir auch im Mai wieder nicht weiterkommen, weil sich die derzeitigen Koalitionsparteien nicht darüber einig sind, dass jetzt endlich ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn auch von Thüringen ausgehend als Bundesratsinitiative angeschoben wird. Aus unserer Sicht gibt es keine Alternative zur Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland. ■

KOMMENTIERT:

von Katinka Mitteldorf

Wo bleibt das Kulturkonzept, Herr Minister?

Es war einmal ein Kultusminister, der nach seiner Ernennung im Jahre 2009 ein Kulturkonzept der neuen Landesregierung ankündigte. Viel Zeit ist seither ins Land gegangen. Viele Kulturverbände und -initiativen, gebündelt im Kulturrat, haben sich intensiv mit Zuarbeiten und Handlungsempfehlungen an der Entstehung beteiligt. Bis heute bleibt Matschie allerdings die Erfüllung seines Versprechens schuldig.

Doch kürzlich erst zwitscherte es von den Dächern, das Kulturkonzept sei fertig. Dr. Birgit Klaubert, LINKE - Kulturpolitikerin und Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, wollte daraufhin wissen, wann sie es denn nun auch einmal lesen könne und nutzte die Fragestunde in der letzten Plenarsitzung.

Antworten seitens der Landesregierung gab es allerdings keine.

Doch, eine gab es! Nämlich, dass es noch gar kein Kulturkonzept gäbe. „Nur lose Blätter und Schriften“, wusste Staatssekretär Prof. Deufel zu verkünden. Diese müssten erst einmal durch den Staatssekretär und den Herrn Minister begutachtet werden, bevor sie als Entwurf im Kabinett vielleicht einmal als Kulturkonzept der Landesregierung geboren werden können.

Wann das geschehen soll, weiß niemand. Matschie, der beim Plenum gar nicht zugegen war, hätte dabei vermutlich auch nicht weiterhelfen können. Sei's drum. Status Quo seit 2009 ist also: Thüringen hat kein Kulturkonzept! Ob es jemals eins haben wird, muss zu diesem Zeitpunkt wohl gründlich in Frage gestellt werden.

„Ich finde es schon ungeheuerlich, dass Herr Matschie die Arbeit der Kulturschaffenden einfach aussitzt, anstatt sie endlich zu einem Kulturkonzept zu verarbeiten“, moniert Dr. Klaubert.

Dieses Aussitzen und die gelebte Intransparenz ist aber vielleicht auch ein Zeichen dafür, welchen Stellenwert Kultur und ihre Akteure für diese Landesregierung (nicht) haben. Dies ist übrigens gerade ganz aktuell wieder zu bestaunen: in Eisenach und Altenburg/Gera! Anstatt etwas zu tun, spielt man lieber mit CDU-Minister Voß „schwarzer Peter“. Prima!

Herr Matschie, mal so unter uns: Vielleicht hilft ja da ein Kulturkonzept, in dem die Finanzierung endlich sinnvoll geregelt ist. Dann klappt's auch wieder mit der CDU. Bestimmt. ■

AKTUELL

Aufruf zu den Ostermärschen

Die Landtagsfraktion der LINKEN ruft auch in diesem Jahr zur Teilnahme an den Ostermärschen auf. „Ostermärsche haben eine lange Tradition in der Friedensbewegung und sind notwendiger denn je. Soldaten der Bundeswehr sind im Auslandseinsatz an Kriegen beteiligt und mit den Konzepten zum Umbau der Bundeswehr wird deren Interventionsfähigkeit weiter verstärkt“, erklärte Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow.

Der Ostermarsch in Ohrdruf, der am Samstag, den 7. April, um 11 Uhr am Bahnhof Ohrdruf beginnt, richtet sich gegen die Fortführung des Truppenübungsplatzes Ohrdruf als Standortübungsplatz. „Wer einen Übungsplatz für militärische In-

tervention und Krieg zum positiven Standortkriterium erhebt, macht Krieg zum Mittel einer eigenen Politik. Die kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit, das daraus erwachsene Leid und die Zerstörung von Infrastruktur und Lebensräumen lassen nur eine Antwort zu, raus aus der Logik des Krieges, raus aus Rüstungsproduktion und -export und den zivilen Umbau im Rahmen eines Landeskonversionsprogramms endlich beginnen.“

„Alles was Recht ist“ - Ostermarsch in Großbreitenbach

Erneut wird es am Ostermontag einen Ostermarsch gegen den Bau der 380 kV-Leitung durch Thüringen geben. Wie die Landtagsabgeordnete Pe-

tra Enders informiert, ist Treffpunkt 14 Uhr in Großbreitenbach an der Sporthalle. Das Motto „Alles was Recht ist“ dokumentiert den aktuellen Stand im jahrelangen Streit um den Bau der Trasse. Seit Anfang März befasst sich das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig mit dem Fall, es hat das Vorhaben gestoppt und eine umfangreiche Prüfung eingeleitet.

„Mit dem Ostermarsch soll erneut ein Zeichen gegen fortschreitende Umwelt-Zerstörung und für eine nachhaltige Energiewende in Thüringen gesetzt werden. Es geht darum, alternative Energie dort erzeugen, wo sie auch gebraucht wird, ohne immer neue Monstertrassen zu bauen“, betont die Bürgermeisterin von Großbreitenbach. ■